

Mit dem Alarm beim Feinstaub hat die EU die Grenze zur Irrationalität überschritten. Die seriöse Umweltpolitik und die großen Städte sind die Opfer

Das Böse aus dem Zwergenreich

28. Januar 2008, Gerd Held

Am 1.2. wird in Berlin die Umweltzone zur Strafzone. Dann muß derjenige zahlen, der mit einem PKW oder LKW ohne Umweltplakette unterwegs ist. Es geht um den „Kampf gegen den Feinstaub“, gegen die Ansammlung kleinster Partikel in der Luft. Diesen unscheinbaren Zwergen wird die heimtückische Eigenschaft nachgesagt, auf dem Weg über unsere Atmung erhebliche Gesundheitsschäden und einen früheren Tod zu verursachen. Zugleich wird behauptet, die Konzentration dieser teuflischen Nanomacht sei in unseren Städten besonders bedrohlich geworden. Die Errichtung von Umweltzonen in unseren Großstadtkernen soll hier Abhilfe schaffen. In circa 20 deutschen Städten werden solche Zonen gegenwärtig errichtet.

Wer etwas genauer hinschaut, was da staubt, macht erstaunliche Entdeckungen. „Luft“ ist ein besonders lebenswichtiges, aber auch ein besonders komplexes Medium. Bei der Häufung von Schadstoffen spielen Wind, Wetter und das geographische Relief oft eine entscheidende Rolle. So hat man nun festgestellt, dass der Feinstaub im Jahre 2007 stark rückläufig war. Auch sind die ermittelten Belastungsunterschiede zwischen verschiedenen Orten so verzerrt, dass man hier die beliebten Erklärungsschemata mit ihren üblichen Verdächtigen („der Autoverkehr war´s“) nicht anbringen kann: Berlin weist doppelt so viel Überschreitungen wie das Ruhrgebiet auf, München zweieinhalb mal so viel wie Frankfurt, Lissabon das Dreifache von London. Im Schweizer Tessin (Alpensüdseite) werden Mengen gemessen, die bei vergleichbar bevölkerten Regionen an der Alpennordseite nicht annähernd erreicht werden. Noch bedeutender ist, daß in dem Großmix „Luft“ die erwiesenen Schadstoffe nur einen kleinen, schwer zu isolierenden Teil bilden. Es gibt gute, zweideutige und unbekanntere Stoffe und Stoffverbindungen. Bei gesundheitsschädlichen Stoffen denken wir zum Beispiel an Teerstoffe im Zigarettenrauch oder an Asbest. Hier kennen wir die biologisch-chemischen Wirkungen. Wir wissen, wie ein Stoff unsere Organe angreift. So stellt sich mancher nun auch den Feinstaub vor und das ist falsch. Denn bei der Definition von Feinstaub spielt gar keine bestimmte chemische Eigenschaft eine Rolle, sondern nur die Größe. Der Feinstaub „PM 10“ umfasst alle Partikel in der Größe von 10 Tausendstel Millimetern - ohne Ansehen der Herkunft, ohne Ansehen der Wirkung. Feinstaub ist also eine Sammelbezeichnung. Sie umfasst so unterschiedliche Formen wie Reifen- und Bremsenabrieb, Dieselruß, Verladestaub von Schüttgütern im Hafen, Saharastaub, Erosionsstaub von Gesteinen, Gischtstaub (Seesalz) und vieles mehr. Er ist Menschenwerk, aber er wird auch seit Urzeiten durch Naturprozesse gebildet. Die Sammelgröße „Feinstaub“ erlaubt also weder ein Urteil über die Vermeidbarkeit der Partikel noch über ihre Gefährlichkeit. Jedoch wird gerade diese Sammelgröße von den Messstationen in unseren

Städten erfaßt und auf dieser Grundlage eine Überschreitung der Grenzwerte festgestellt. So werden schon Verbote ausgesprochen, bevor überhaupt eine spezifische Staubgruppe identifiziert wäre, für die eine schädigende Wirkung im Einzelnen erwiesen ist.

Aber, so könnte man einwenden, es werden doch Studien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zitiert, die den Beweis erbracht haben, dass Feinstaub Gesundheitsschäden verursacht? Ein Blick in die vielzitierte Studie APHEA II der WHO oder in die Schweizer SAPALDIA-Studie zeigt, dass die Beweisführung sehr oberflächlich ist. Bisher wurden nur statistische Beziehungen hergestellt: Das geht so: Eine größere Gruppe von Menschen führt über einen längeren Zeitraum ein Protokoll über die eigene Atmungszustände, in der gleichen Zeit erheben im gleichen Gebiet Messstationen die Luftqualität, auch den Feinstaubgehalt. Dann stellt man fest, dass Spitzenwerte beider Messreihen oft zusammenfallen. So ein statistischer Beweis ist legitim, wenn sehr einfache Größen aufeinander bezogen werden (zum Beispiel Alkoholgenuss und Verkehrsunfälle), aber hier werden zwei riesige Felder in Beziehung gesetzt: Das Atmungs- und Kreislauf-System wird nicht nur durch die Luftqualität beeinflusst, sondern auch durch Lärm und beruflichen Stress. Die Luftqualität wird ihrerseits durch viele Elemente beeinflusst. Ist das Atmungssystem an einem Werktag stärker beeinträchtigt als am Wochenende, muß das nicht zwingend an der Tatsache liegen, dass am Wochenende keine LKW fahren und weniger Feinstaub emittiert wird. Wenn obendrein ein langsames Wandern der Partikel im Körper unterstellt wird, kann man schlecht Tag-für-Tag-Wirkungen behaupten. Ein konkreter Wirkungszusammenhang lässt sich also statistisch zwischen den beiden Riesinfeldern Luft und Gesundheit kaum isolieren. Eine biologisch-chemische Wirkung, wie die kleinen Teilchen bestimmte Eigenschaften des Blutes, der Lunge oder eines anderen Organs beschädigen, zeigt bisher keine Studie. Aber viele Darstellungen (s. Kasten) suggerieren, man habe die kleinen Teilchen bei ihrem Gang durch den menschlichen Körper verfolgt und auf frischer Tat ertappt.

Viele Menschen verwechseln den Feinstaub-Alarm mit einer allgemeinen Kampagne für „gute Luft“ – viele Artikel mischen andere Luftprobleme (Zigarettenrauch, Ozon, Stickoxyde) in dies Thema hinein. Aber mit dem Feinstaub wird ein Element ganz anderer Bauart in die Umweltdebatte eingeführt. Hier gibt es keine gemeinsame Maßstäblichkeit zwischen Ursache und Wirkung. Das winzig Kleine kann, so wird behauptet, etwas so Großes wie unsere Atemluft besetzen und damit unsere ganze Lebenswelt beherrschen. Je kleiner und je unscheinbarer umso gefährlicher – mit dieser Devise kann man die Ängste vor dem unheimlichen Nano-Reich schüren und zugleich den wissenschaftlichen Beweis immer weiter hinausschieben. Alles, was irgendwie „ganz, ganz winzig“ ist, wird nun zur potentiellen Bedrohung. Und man kann sich immer noch ein Kleineres vorstellen. Genauso wie das große Maß lässt sich auch das kleine Maß unendlich steigern. Schon bildet nicht mehr PM 10, sondern das kleinere PM 2,5 die eigentliche Gefahr. Morgen wird es ein PM 0,1 sein. Hier hat die Mythologie einer von drohenden Mächten besetzten Umwelt – mitten in unserem wissenschaftlichen Zeitalter – ein schier unerschöpfliches Feld gefunden. Verblüffend ist nur, dass die Feinstaub-Politiker so fest davon überzeugt sind, dass der Feinstaub nur in der Häufung gefährlich ist. Warum sollten nicht kleine Mengen dieser Spezies, kleine Zwergenbanden also, besonders heimtückisch unsere Lungen befallen?

Die Feinstaub-Affäre bewegt sich also noch außerhalb seriöser Umweltbeobachtung. Bei ihr wird jede rationale Begrenzung des Umweltbegriffs aufgelöst. Damit wird die Schwelle zur irrationalen Politik überschritten. Eine bestimmte Größenordnung der Realität, das Zwergenreich kleiner und kleinster Partikel, wird pauschal zum Feind der Menschheit und der iridi-

schen Fauna und Flora erklärt. Das kennt man im Bereich des galaktisch Großen. Von je her wurde im Reich des unendlich Großen die Astronomie bemüht, um aus Konstellationen Katastrophen zu weissagen und das unendlich Schwere auf die Erde krachen zu lassen. Eine der großen Leistungen der Aufklärung bestand darin, solche spekulativen Schlüsse zurückzuweisen – nicht, weil man alles besser wusste, sondern weil man bestehende Grenzen des Wissens vernünftig einschätzte. Heute überschreitet manche Umweltkampagne wieder die Grenze zur Spekulation ins Große, etwa bei der Warnung vor einem Zusammenbruch des Golfstroms. Aber mit dem Feinstaub-Alarm ist nun die Spekulation ins Kleine eröffnet und sie ist sogleich politikwirksam geworden. Hier droht tatsächlich ein Dambruch.

Denn die Politik, die aus dieser Spekulation erwächst, hat einen speziellen Stil. Ihre Maßnahmen sind pauschal und sie setzen nicht an einer konkreten Schadstoff-Quelle an. Eine vernünftige Politik würde die Erforschung der Unterschiede im Feinstaub vorantreiben. Vorsichtshalber würde sie vielleicht die Feinstaubvariante, die aus Verbrennungsvorgängen kommt (wie der Dieselruß), aussortieren – zum Beispiel durch eine verpflichtende Einführung von Partikelfiltern für Dieselmotoren. Aber die Umweltzonen setzen umgekehrt an: bei der Endluft, die der Verbraucher einatmet. Sie setzt also dort an, wo die Zusammensetzung am unübersichtlichsten ist. In dieser Unübersichtlichkeit blüht die Willkür. Man sanktioniert die Verursacher, die gerade vor Ort greifbar sind. Das sind die vorbeifahrenden Motorfahrzeuge, obwohl deren Anteil am Feinstaub rückläufig ist. In München hatte man, zur Entlastung der Wohnquartiere und mit ausdrücklichem Votum der Bürgerschaft den Verkehr auf dem Mittleren Ring gebündelt. Dann klagte ein Funktionär der Grünen als Anwohner dieses Rings gegen die dortige Feinstaubbelastung. Der ganze Plan „Entlasten durch Bündeln“ hängt nun in der Luft. Bei großräumigen Umweltzonen wie in Berlin wird der Verkehr und mit ihm viele Betriebe und Haushalte an die Peripherie abgedrängt. Draußen wird die Luft verschlechtert und kommt dann doch zurück in die Stadt. Hier wird deutlich, dass durch die Feinstaub-Politik ganz praktisch wichtige Errungenschaften der Umweltpolitik ausgehebelt werden. Man beißt sich an einer fiktiven Reinheit fest. Man opfert dafür realen Umweltschutz, denn man verlängert Fahrwege und Verkehrsstaus. Man steigert den Flächenverbrauch im Umland. Die Umweltzonen diskriminieren die grossen Städte, denn sie werden als Standorte für das wirtschaftliche und kulturelle Leben gegenüber suburbanen oder regionalen Streusiedlungen benachteiligt. Dies geschieht zur gleichen Zeit, wo viele Leute sich anstrengen, um die Kernstädte wieder attraktiver zu machen.

Und noch etwas geschieht: Mit der Zonierung der Kernstädte wird unmerklich das institutionelle Gefüge des politischen Lebens verschoben, denn die kommunale Selbstverwaltung wird ausgehebelt. Die Stadtverwaltungen, die auf den ersten Blick als die Haupttäter der Feinstaub-Regelung erscheinen, sind Getriebene. Insider sagen ganz offen, daß die Kommunen mit den Umweltzonen nur versuchen, eine Klagewelle abzuwenden. Diese Klagewelle droht, seit im September 2007 das Bundesverwaltungsgericht entschieden hat, daß Städte und Gemeinden bei „gesundheitsrelevanten Grenzwertüberschreitungen“ von betroffenen Anliegern dazu gezwungen werden können, Maßnahmen zu treffen. Die Maßnahmen sollen „verhältnismäßig“ sein, aber die Richter benennen kein kommunales Gut, das gegen die individuelle Bürgergesundheit in die Waagschale gelegt werden kann. Das Gesamtwohl einer Stadt ist nur eine zweitrangige Größe. Für dies Wohl wird eine Stadt wie Duisburg eine andere Toleranz brauchen als eine Stadt wie Münster und kann die kommunale Selbstverwaltung die Achtung solcher Unterschiede sicherstellen. Nun wird unter dem Druck der Pauschalgröße „Feinstaub“ hier massiv gleichgeschaltet.

Die tiefere Ursache dieser institutionellen Beschädigung ist dabei ein Politikwechsel in Brüssel und Straßburg. Die EU hat in den 90er Jahren die sogenannten „thematischen Strategien“ in der Umweltpolitik eingeführt – eine noble Bezeichnung für den Anspruch, nun nicht nur Bananen, Elektrogeräte oder Dieselmotoren zu normieren, sondern gleich die ganze europäische Luft (und andere Grundelemente). Die Feinstaub-Grenzwerte, die für ganz Europa ohne Rücksicht auf lokale und regionale Unterschiede gelten sollen, sind gewissermaßen der Testlauf dieser Politik. Ein ungeheurer Machtanspruch steckt darin. Man muß bedenken, daß Metropolen wie Lissabon oder Athen an fast jedem zweiten Tag die Grenzwerte überschreiten. In anderen Südstädten wird das kaum weniger sein. Das urbane Leben Europas wird mit der abstrakten Elle des Feinstaubs gemessen und für unerträglich befunden. Da ist man versucht - frei nach Berthold Brecht - den EU-Organen zu empfehlen, sich doch eine neue Umwelt zu bauen und diese an die Stelle unserer irdischen Geographie zu setzen.

Zugegeben, der Feinstaub ist ein kleines Politikthema und bis 2011 hat die EU die harte Durchsetzung ihrer Normen aufgeschoben. Aber hier hängt nun ein Damoklesschwert. Es hängt unerreichbar hoch auf oberster Politikebene und regiert doch ganz nah in jede Strasse hinein. So geht es einfach nicht weiter. Am Thema Feinstaub zeigt sich, wie dringlich es in der Umweltfrage ist, Rationalität und Irrationalität zu trennen und eine klare Subsidiarität der politischen Zuständigkeiten nachhaltig zu sichern.

Die Macht der Sprache (Kasten)

Das Bild zeigt zwei lachende Kinder mit Luftballons, darunter steht die Schlagzeile „Unsichtbar verheerend: Luftverschmutzung ist da am gefährlichsten, wo sie niemand sieht.“ So steht es in der Broschüre „Feinstaub“ des Bundesumweltministeriums (BMU), mit der im April 2005 der Feinstaub-Alarm in die Öffentlichkeit getragen wurde. Die Darstellung zieht alle Register des Unheimlichen: „Abermilliarden feinsten Teilchen schweben an jeder Hauptverkehrsstraße in jedem Kubikmeter Luft, halten sich dort über Stunden und Tage und werden von jeder Luftströmung erneut aufgewirbelt.“ Der Leser bekommt den Eindruck, dass nach all den erfolgreichen Maßnahmen zur Verbesserung der Luft überhaupt erst jetzt mit dem Feinstaub der wahre Feind erkannt wurde. Je kleiner, desto gefährlicher ist die Devise. Hinter dem Feinstaub PM 10 lauern schon die kleineren Partikel (PM 2,5), die „gerade wegen ihrer Winzigkeit besonders gefährlich“ sind.

Als Beweis liefert der Artikel eine Art Wegbeschreibung: „Die winzigsten Teilchen finden über Atemwege und Blut ihren Weg direkt in viele Organe des Körpers, auch ins Herz.“ Da kann man in der Tat belegen. Aber nicht den dann folgenden Schluss: „Sie führen zu Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislauf-Versagen und Lungenkrebs.“ Für einen solchen Schluss wäre es notwendig, die schädigende Wirkungsweise der Teilchen in den Organen zu belegen wie das zum Beispiel im Fall von Asbest geschah. Dass die Partikel „Fremdkörper“ sind, ist kein Beweis. Warum gibt es kein Massensterben in Regionen, die seit Jahrtausenden den natürlichen Feinstäuben (Saharastaub, Seesalz/Gischt) ausgesetzt sind? Gibt es im Körper Abbauvorgänge von Mikropartikeln – die Verringerung der Atemwegserkrankungen ist in vielen Regionen bekanntlich real? Fragen über Fragen. Das Internetlexikon Wikipedia notiert in seinem Eintrag zum Stichwort „Feinstaub“ (aktualisiert im Januar 2008) lapidar: „Ein wissenschaftlich bewiesener biologischer Wirkungsmechanismus ist nicht bekannt.“

Aber in der BMU-Broschüre wird die wissenschaftliche Beweisführung durch Sprachbilder die mit dem unheimlichen Kleinen arbeiten und die Ängste vor einem unfassbaren Feind mobilisieren, ersetzt. Dann folgt ein zweiter Sprachtrick. „So gefestigt sind die Erkenntnisse in zwischen“, heißt es, „dass sich die EU-Kommission zutraute, konkrete Zahlen zu nennen. 288000 Menschen sollen danach Jahr für Jahr vorzeitig „an den unsichtbaren Feinstaub Wolken“ sterben. Um 80 Mrd. Euro soll das Bruttoinlandsprodukt dadurch schrumpfen. Solche Zahlen beeindrucken immer. Aber sie bieten gar keine „konkrete“ Aussage über die Wirkungsweise der Feinstaub-Wolken. Sie spielen nur einmal konkret die Folgen durch, wenn die Wirkung so wäre, wie behauptet wird. Da von einer Festigung der Erkenntnisse zu sprechen ist reiner Bluff.

Auch in räumlicher Hinsicht bedient sich die BMU-Broschüre eines suggestiven Tricks. We liest, dass die Feinstaub-Wolken sich in den „Hauptverkehrsstraßen“ zusammenballen, denkt unwillkürlich, der motorisierte Verkehr in dieser Straße sei die Ursache. Ganz instinktiv wird er die Lösung darin suchen, den Verkehr in dieser Straße zu verringern. Aber eine Berliner Messung ergab, dass nur 26% des Feinstaubs einer solchen Straße durch den dortigen Verkehr entstehen. 50% wird großräumig importiert und sammelt sich nur bei bestimmten Wetterlagen in der Straßenschlucht. Eine lokale Reduzierung des Verkehrs würde also gar nicht bringen. Schlimmer noch: Sie führt nur zu Verlagerungen an die Peripherie mit mehr Verbrauch und Emission. Der Trumpf der urbanen Ökologie, die Entlastung durch gebündelte Belastung, wird hier völlig ignoriert. Hier zeigt die Suggestionskraft der Feinstaub-Drohkurle eine fatale Wirkung. Ihr maßloses Feindbild kann nicht den Gemeinsinn der Bürger wecken, sondern nur den Egoismus des individuellen Anliegers.

(Manuskript vom 28.1.2008 für eine Themenseite, unveröffentlicht)